

III. Hintergrund- und Detailbetrachtungen

Herwig Birg

Integration und Migration im Spiegel harter Daten¹

Vorbemerkung

Zuerst leugnete die Politik die Existenz demografischer Probleme. Dann wollte man sie durch Zuwanderungen aus dem Ausland lösen. Inzwischen wird behauptet: Zuwanderung, Alterung, Schrumpfung sind große Chancen. Aber man entgeht der demografischen Zukunft nicht, indem man sie überholt.

In hochentwickelten Ländern wie Deutschland sind Demografie und Ökonomie unauflöslich miteinander verwoben. Exportorientierte Volkswirtschaften sichern ihre Konkurrenzfähigkeit durch ständige Produktivitätssteigerungen. Die willkommene Begleiterscheinung des internationalen Wettlaufs um Produktivität und Effizienz ist ein hohes Pro-Kopf-Einkommen. Zu den Folgen dieser Entwicklung gehört auch die Attraktivität des Landes für potentielle Zuwanderer.

Eine weitere Begleiterscheinung der ökonomischen Prosperität ist die niedrige Geburtenrate: Hohe Pro-Kopf-Einkommen bedeuten hohe Opportunitätskosten von Kindern. Darunter sind nicht die Ausgaben der Eltern für ihre Kinder zu verstehen, sondern die entgangenen Einkommen, auf die verzichtet wird, wenn Frauen wegen fehlender Betreuungseinrichtungen ihre Erwerbstätigkeit und die Erziehung von Kindern nicht gleichzeitig verwirklichen können. Je besser die beruflichen Qualifikationen der Frauen sind, desto höher ihre entgangenen Einkommen bei einem Verzicht auf Erwerbstätigkeit, und desto niedriger die Geburtenrate eines Landes. Dieser unter dem Begriff „demografisch-ökonomisches Paradoxon“ diskutierte Tatbestand lässt sich, von Ausnahmen abgesehen, in nahezu allen Ländern beobachten.

Wegen seines ökonomischen Erfolgs hat Deutschland eine besonders niedrige Geburtenrate, die trotz aller familienpolitischen Reformen wie schon seit 40 Jahren immer noch zwischen 1,3 und 1,4 Lebendgeborenen pro Frau schwankt. Die Folgen sind eine intensive demografische Alterung sowie eine sich beschleunigende Bevölkerungsschrumpfung der jüngeren und mittleren Altersgruppen. Bei alledem hat sich das Land daran gewöhnt, die Zuwanderungen als Ersatz für fehlenden Nachwuchs zu betrachten.

Wohin die Entwicklung führt, interessiert meist nur im Hinblick auf die Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die sozialen Sicherungssysteme:

¹ Erstveröffentlichung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. April 2009.

das Wirtschaftswachstum, den Bedarf an jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften, die Auslastung und Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen u. a. Bereiche. Deshalb ist nur wenigen bewusst, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels ihre eigenen Ursachen perpetuieren und verstärken. So führten die niedrige Geburtenrate und die Bevölkerungsschrumpfung wegen der hohen Zuwanderungen nicht zu einem Verschwinden der Arbeitslosigkeit, sondern zu Arbeitskräfteknappheit bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit.

Wichtig ist auch das folgende Beispiel für eine selbstverstärkende Rückwirkung der Auswirkungen auf ihre eigenen Ursachen: Die zur Versorgung der alternden Bevölkerung und der Migranten ohne ausreichende schulische und berufliche Qualifikation benötigten öffentlichen Mittel erhöhen die Abgaben- und Steuerlast. Wenn die Unternehmen darauf mit drastischen Produktivitätssteigerungen und Personaleinsparungen reagieren, verstärken sie die Arbeitslosigkeit und damit die Ursachen der Abgabenlast, der sie mit ihren Maßnahmen zu entgehen versuchen. Diese Prozesse schaukeln sich gegenseitig auf, bis schließlich die positiven Wirkungen des ökonomischen Erfolgs von den negativen Nebenwirkungen übertroffen werden. Mit einer neuen Bundesstatistik über die sogenannte „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ (Mikrozensus 2007) lassen sich wichtige Konsequenzen der demografisch-ökonomischen Prozesse mit verlässlichen Daten dokumentieren.

Über den Inhalt der Begriffe Migration und Integration gibt es stark divergierende Vorstellungen. Die Bundesländer und das Statistische Bundesamt einigten sich nach intensiven Beratungen auf folgende Definition: Einen Migrationshintergrund haben: 1. Ausländer, 2. im Ausland geborene und nach 1949 Zugewanderte, 3. Eingebürgerte und 4. Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil eine der vorstehenden Kategorien erfüllt. Danach gehören auch Kinder von hier geborenen Eingebürgerten, die zur sogenannten dritten Generation der Zugewanderten gezählt werden, zur Migrationsbevölkerung.

Von den 82,3 Millionen Einwohnern Deutschlands im Jahr 2007 hatten 15,4 Millionen einen Migrationshintergrund, sie werden im Folgenden kurz als Migranten bezeichnet. Die übrigen 66,8 Mio. bildeten die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (kurz: Nicht-Migranten). Die wichtigsten Herkunftsländer sind die Türkei (19,4 Prozent bzw. rund 3 Millionen), Polen (6,8 Prozent), die Russische Föderation (6,6 Prozent), Italien (5,5 Prozent), Serbien (3,7 Prozent), Kroatien (3,2 Prozent) und Griechenland (3,1 Prozent). Die Migranten haben eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 20 Jahren, bei den türkischen Migranten, der größten Gruppe, sind es 24. Dies bedeutet, dass viele Zuwanderer ohne Bleibeabsicht über die Jahre zu Einwanderern wurden.

Demografisch unterscheiden sich die Migranten von der übrigen Bevölkerung durch das um zehn Jahre jüngere Durchschnittsalter und durch ihre höhere Geburtenrate (Deutsche 1,4 Kinder pro Frau, Ausländer inzwischen nur noch 1,6).

Da immer noch jedes Jahr etwa ebenso viele Menschen nach Deutschland zuwandern wie hier geboren werden, führt dies dazu, dass die Zahl der Migranten trotz der Bevölkerungsschrumpfung wächst und die der Nicht-Migranten sinkt.

Die schlechteste Schulbildung bringen die Türken mit

Bildung und Ausbildung der Bevölkerung sind der entscheidende Faktor für das zivilisatorische, ökonomische und kulturelle Entwicklungsniveau eines Landes. Das wichtigste Kennzeichen von Bildung ist die Erkenntnis, dass sie sich nicht erzwingen lässt, weder bei Eingewanderten noch bei Einheimischen; sie entsteht oder vergeht mit der Kultur eines Landes.

Beim Niveauvergleich der schulischen und beruflichen Ausbildung von Migranten und Nicht-Migranten schneiden sowohl die aus Europa Zugewanderten als auch die aus dem engeren Kreis der Herkunftsländer der Europäischen Union (EU-27) Zugezogenen bei weitem schlechter ab als die Nicht-Migranten. Noch wesentlich tiefer ist das Ausbildungsniveau der Zugewanderten aus außer-europäischen Ländern.

So beträgt beispielsweise der Anteil der Personen ohne Schulabschluss bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 1,4 Prozent (Männer) bzw. 1,3 Prozent (Frauen). Für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund als Ganzes ist das Niveau mehr als fünf bzw. sieben mal so hoch: 8,0 Prozent der Männer bzw. 10,3 Prozent der Frauen haben keinen Abschluss.

Die besten Werte nach den Deutschen haben Zugewanderte aus Polen (Männer und Frauen je 3,3 Prozent). Für die aus Herkunftsländern der EU-27 Zugewanderten sind es 6,5 bzw. 6,8 Prozent, für Europa als Ganzes 9,9 bzw. 13 Prozent. Überraschend schlecht schneiden Zuwanderer aus Griechenland (12,3 bzw. 16,2 Prozent) und Italien (11,2 bzw. 13,1 Prozent) ab, ihre Zahlen liegen viel näher bei denen afrikanischer Migranten (16,5 bzw. 19,1 Prozent) als bei denen für die Deutschen.

Bei diesem und bei allen folgenden Vergleichen fallen türkische Migranten durch extrem ungünstige Werte auf, sie übertreffen sogar die ohnehin hohen Zahlen afrikanischer Migranten: Von den Männern haben 17,4 Prozent und von den Frauen 25,9 Prozent keinen Schulabschluss. Für eine kleine Teilgruppe türkischer Migranten (Eingebürgerte und hier Geborene ohne eigene Migrationserfahrung) sind die Werte zwar „nur“ doppelt bzw. dreimal so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, aber für die wesentlich größere Hauptgruppe mit eigener Migrationserfahrung bzw. mit türkischer Staatsangehörigkeit übertreffen die Zahlen die der Deutschen um das zwanzigfache (Männer) bzw. das fünfunddreißigfache (Frauen).

In Deutschland hat sich der Anteil der Personen mit Abitur als höchstem Schulabschluss (Abiturientenquote) seit den Bildungsreformen in den 60er und 70er Jahren von Jahrgang zu Jahrgang stark erhöht und fast verzehnfacht. Errechnet man für die nicht nach Alter untergliederte Summe aus jungen und alten Jahrgängen die Abiturientenquote der deutschen Bevölkerung, erhält man wegen des hohen Anteils der Älteren mit kriegsbedingt besonders niedrigen Abiturientenquoten eine Durchschnittsquote von knapp 16 Prozent. Vergleicht man jedoch gesondert Altersgruppe für Altersgruppe, liegt die Abiturientenquote der Deutschen bei den jungen Altersgruppen jeweils deutlich über der der Migranten. Lässt man jedoch die unterschiedliche Alterstruktur von Migranten und Nicht-Migranten außer acht, kann dies zu gravierenden Fehlurteilen führen.

So überraschte der Präsident des Statistischen Bundesamtes die deutsche Öffentlichkeit mit der Behauptung einer angeblich höheren Abiturientenquote der Migranten im Vergleich zu den Nicht-Migranten. Er erklärte sich das mit einem hohen Anteil von Migranten aus Mittel- und Osteuropa, die großen Wert auf die Bildung ihrer Kinder legten. Eine Zeitung glaubte gar, der Trend, wonach Migrantenkinder benachteiligt sind, kehre sich nun um.

Wie groß der Abstand zwischen Migranten und Nicht-Migranten ist, wird besonders deutlich, wenn man die Personen mit Abitur auf je 100 Personen ohne Schulabschluss bezieht. Bei den Nicht-Migranten entfallen auf 100 Personen ohne Schulabschluss 1170 Personen mit Abitur, bei den Migranten sind es nur 172. Die höchsten Werte nach den Deutschen haben auch hier Zuwanderer aus Polen (942). Wesentlich schlechter als die polnischen Migranten schneiden die Zuwanderer aus Ländern der EU-27 (330) ab. Mit Abstand am ungünstigsten ist wiederum die Zahl für türkische Zuwanderer (28), sie erreicht nur ein Viertel des Niveaus der Zuwanderer aus Afrika.

Dass die Zuwanderung aus außereuropäischen Ländern, insbesondere aus der Türkei, das durchschnittliche Bildungsniveau Deutschlands verringert, mag man erwartet haben, aber dass dies in starkem Maße auch für die Zuwanderungen aus Europa und aus Ländern der Europäischen Union gilt, ist überraschend. Der Befund wiegt umso schwerer, als über die Hälfte der nach Deutschland Zugewanderten aus Europa kommen. Bei ihnen haben die Männer zu 9,9 und die Frauen zu 13,0 Prozent keinen Schulabschluss. Bezieht man die Zahl der Männer und Frauen mit Abitur auf je 100 Personen ohne Schulabschluss, erhält man für die Zugewanderten aus Europa: 143 (Männer) bzw. 130 (Frauen). Für die aus der Europäischen Union Zugewanderten sind es 301 (Männer) bzw. 358 (Frauen). Alle diese Zahlen sind wesentlich ungünstiger als bei den Nicht-Migranten: Auf 100 Personen ohne Abschluss kommen 1259 Männer bzw. 1084 Frauen mit Abitur.

Bildungsdefizite bremsen das Wachstum und senken den Wohlstand

Ähnliche Disparitäten wie bei der schulischen Qualifikation zeigen sich beim Merkmal „Anteil der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss“. Die Gruppe der Migranten als Ganzes hat zu 29,7 Prozent (Männer) bzw. zu 36,8 Prozent (Frauen) keinen beruflichen Bildungsabschluss. Diese Werte liegen ebenso wie die für Zuwanderer aus der EU-27 deutlich über denen der Nicht-Migranten (12,3 bzw. 23,1 Prozent). Extrem hoch sind wieder die Werte für Zuwanderer aus der Türkei (48,2 bzw. 58,6 Prozent), ihre Zahlen liegen um ein Drittel über denen afrikanischer Migranten. Zuwanderern aus Griechenland und Italien fehlt erstaunlicherweise ebenso häufig ein beruflicher Abschluss wie Zuwanderern aus Afrika.

Die Arbeitslosenquote ist bei älteren Menschen unter sonst gleichen Umständen wesentlich höher als bei jüngeren. Da Migranten im Durchschnitt um über zehn Jahre jünger als Nicht-Migranten sind, müsste ihre Arbeitslosenquote eigentlich niedriger bzw. ihre Erwerbsquote sein (Prozentanteil mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit) höher sein als die der Deutschen. Die Erwerbsquote der Migranten ist jedoch trotz ihrer jungen Altersstruktur geringer als die der Deutschen.

Der Anteil der Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld I bzw. Hartz IV (Sozialunterstützungsquote) übersteigt bei den Migranten den entsprechenden Wert der Nicht-Migranten etwa um das Doppelte (10,7 Prozent im Vergleich zu 5,1 Prozent bei den Männern und 9,1 Prozent bzw. 4,3 Prozent bei den Frauen). Die Sozialunterstützungsquote der Migranten aus Ländern der EU übertrifft ebenfalls die der Nicht-Migranten. Die höchsten Quoten haben Zuwanderer aus der Ukraine, aus dem Nahen und Mittleren Osten, der Russischen Föderation, Afrika und der Türkei.

Häufig wird argumentiert, dass von Migranten viele Arbeitsplätze geschaffen würden, weil ihre Selbständigenquote (Anteil der Selbständigen an den Erwerbspersonen) überdurchschnittlich sei. Diese Vorstellung ist falsch: Die Selbständigenquote der Migranten ist niedriger als die der Nicht-Migranten (8,1 Prozent im Vergleich zu 10,4 Prozent). Entgegen einer ständig wiederholten Behauptung ist auch die Selbständigenquote der türkischen Migranten nicht größer, sondern niedriger als die der Nicht-Migranten.

Eine Konsequenz der ungünstigen Werte bei den Bildungsstandards, der Erwerbsquote, der Selbständigenquote und der Sozialleistungsquote sind unterdurchschnittliche Einkommen und damit auch geringere Leistungen an Steuern und Abgaben. Der Anteil der Personen, die in die höchste Einkommensklasse fallen (Nettoeinkommen von 4.500 Euro und mehr pro Monat), ist bei den Migranten nur halb so hoch wie bei den Nicht-Migranten.

Der Entschluss einer zugewanderten Person zur Eheschließung mit einem deutschen Partner ist einer der wichtigsten gesellschaftlichen Integrationsfaktoren. Im Durchschnitt aller Migrantengruppen hatten 18 Prozent der zugewanderten verheirateten Männer eine deutsche Frau; 20 Prozent der zugewanderten verheirateten Frauen hatten einen deutschen Mann. Mit Abstand am höchsten sind die Anteile bei den Migranten aus Nord- Mittel- und Südamerika (60 bis 70 Prozent), mit Abstand am niedrigsten die meist unter sich bleibenden Migranten aus der Türkei: Nur 8 Prozent der türkischen Männer heiraten eine deutsche Frau, nur 3 Prozent der Türkinnen einen deutschen Mann.

Bei den Zugewanderten der dritten Generation sind teilweise Verbesserungen der hier referierten Integrationsindikatoren zu beobachten, aber auch Verschlechterungen. Die Verbesserungen vollziehen sich langsam und betreffen in der Regel quantitativ nicht ins Gewicht fallende kleine Personengruppen. Bis diese Gruppen ein größeres Gewicht erreichen, werden Jahrzehnte vergehen, in denen das Land im Vergleich zu einer Entwicklung mit geringerer Einwanderung bzw. mit einer Einwanderung von Menschen, deren Bildung und Ausbildung zumindest nicht schlechter sind als die der deutschen Bevölkerung, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Nachteile erleidet. Als Konsequenz der Absenkung des schulischen und beruflichen Qualifikationsniveaus verringern sich beispielsweise das sonst mögliche Niveau des Pro-Kopf-Einkommen, die Wachstumsrate des Volkseinkommens und das Niveau des Wohlstands.

Geburtendefizite hat als einziger Kontinent Europa

Die wirksamsten Integrationsfaktoren für Einwanderungsgesellschaften sind das Bildungssystem, die Arbeitswelt und die zwischenmenschlichen Bindungen durch Ehen oder eheähnliche Beziehungen. Die wirksamsten Desintegrationsfaktoren sind dogmatische, fundamentalistische Religionen sowie die ethnisch, nationalistisch oder tribalistisch verankerten Kulturen der Migranten aus Entwicklungsländern, in deren Geschichte es nie eine Periode der Aufklärung gab. Der in Deutschland drohende Kulturabbruch durch die Einwanderung bildungsferner Populationen ist im Gegensatz zu einem wirtschaftlichen Rückschlag ein für Generationen irreversibler Vorgang.

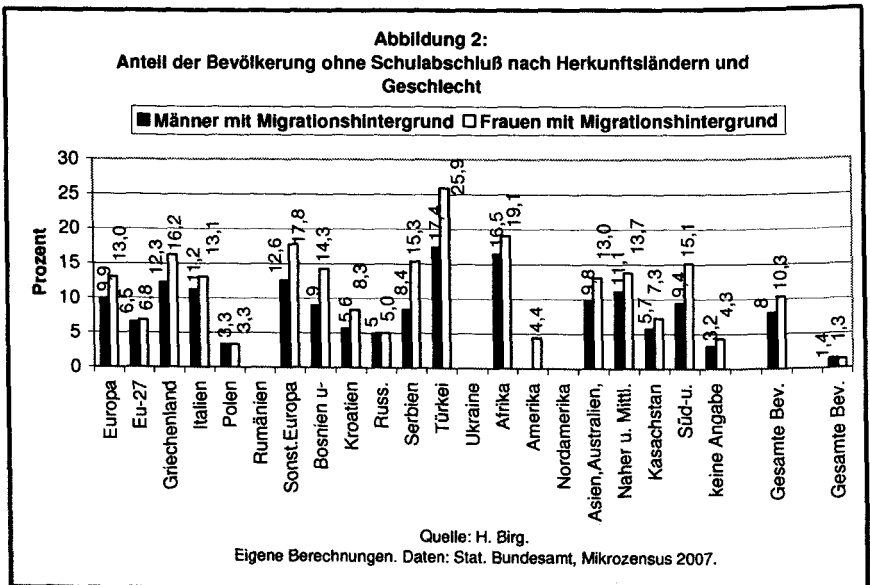
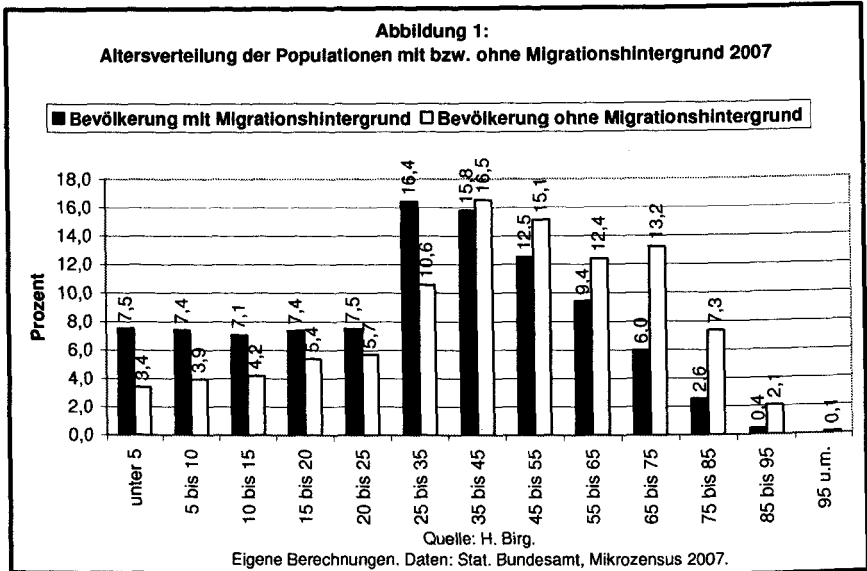
Europa ist bisher der einzige Kontinent mit Geburtendefiziten, aber auch die anderen Kontinente befinden sich seit Jahrzehnten in der Phase des Übergangs von Geburtenüberschüssen zu Geburtendefiziten, so dass die Weltbevölkerung als Ganzes wahrscheinlich ab 2070 in die neue Ära der Weltbevölkerungsschrumpfung übergehen wird. In den Industrie- und Schwellenländern ist es in erster Linie die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, die den Wohlstand schafft und gleichzeitig die Geburtenrate zurückgehen lässt. Diese Dynamik untergräbt die Stabilitätsbedingungen der Familien, indem sie die Bereitschaft und Fähig-

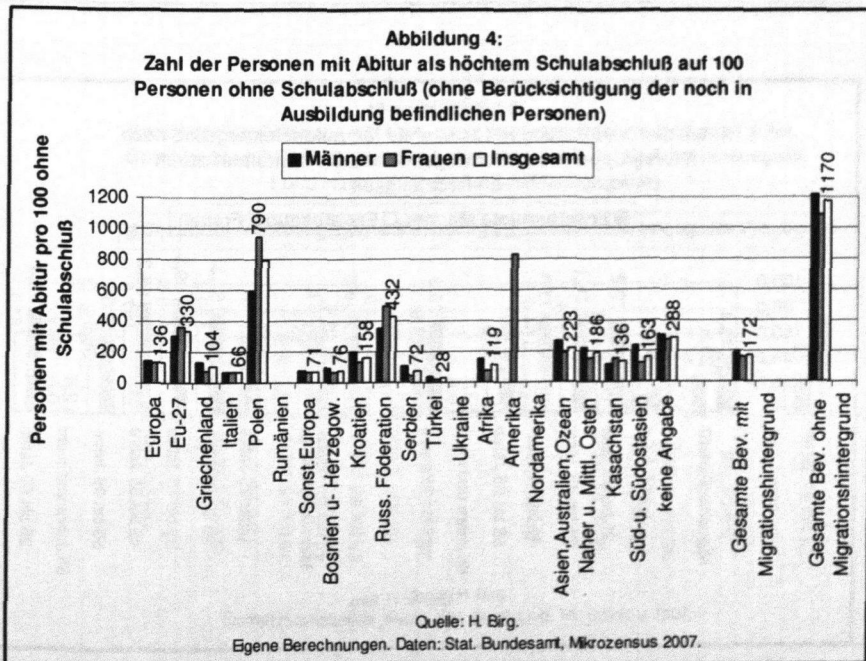
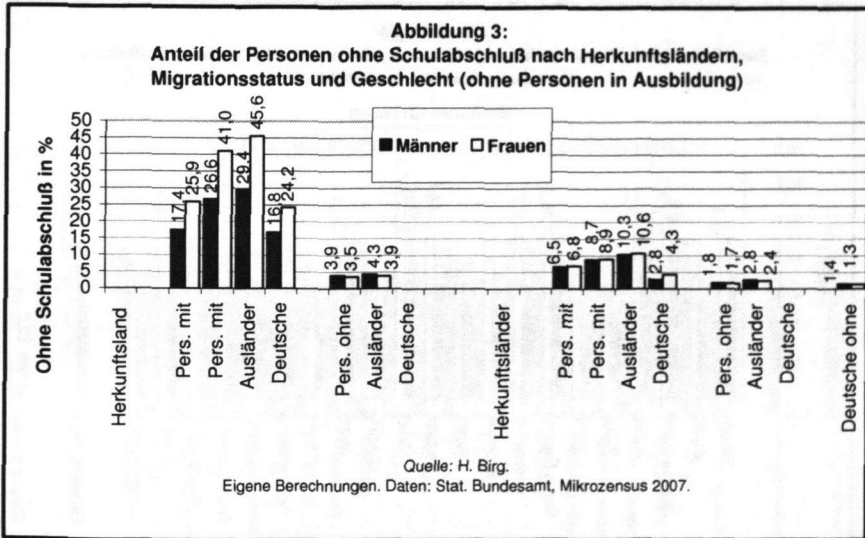
keit der Menschen zu langfristigen Festlegungen im Lebenslauf durch Kinder und Partnerbindungen zerstört.

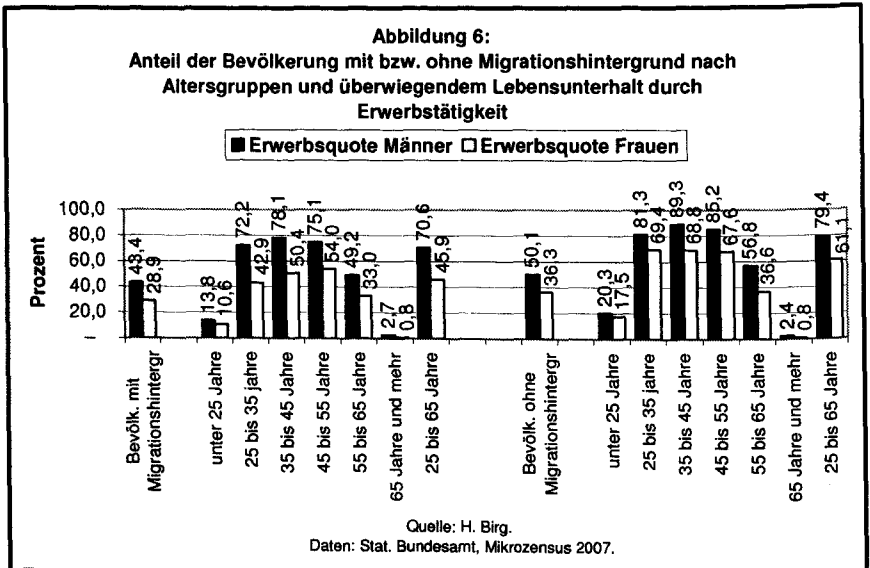
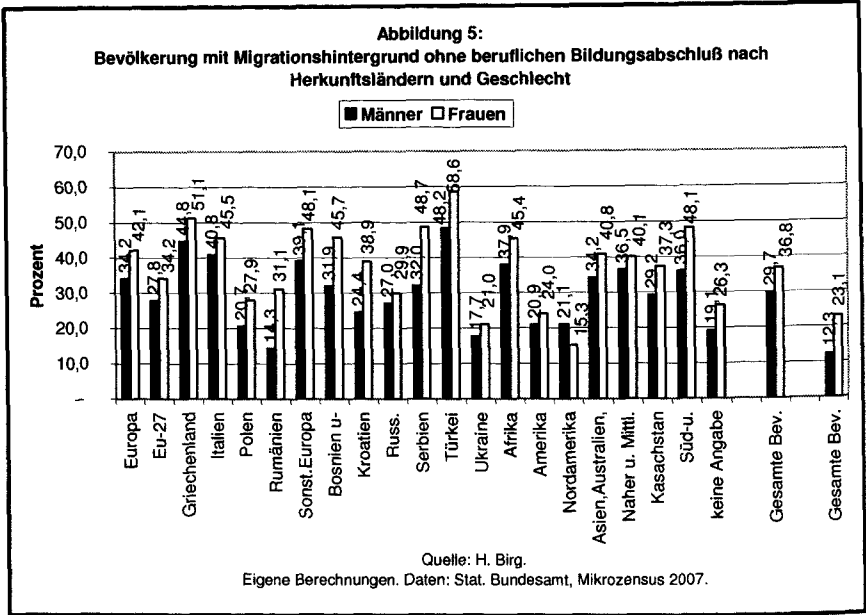
Die Politik zur Erhöhung der Geburtenzahl war und ist in Deutschland wie in anderen Ländern wenig wirksam. Die entsprechenden Maßnahmen werden von den meisten Politikern ohnehin nur als Sozialpolitik für Familien betrachtet. Ein politischer Strategiewechsel zugunsten der Familien, der zu Lasten der wirtschaftlichen Dynamik ginge, wäre nicht sinnvoll. Vielmehr muss ein Weg gesucht werden, der die zur Sicherung des Wohlstands erforderliche wirtschaftliche Dynamik erhält, ohne dass die Stabilitätsvoraussetzungen der Familien erodieren.

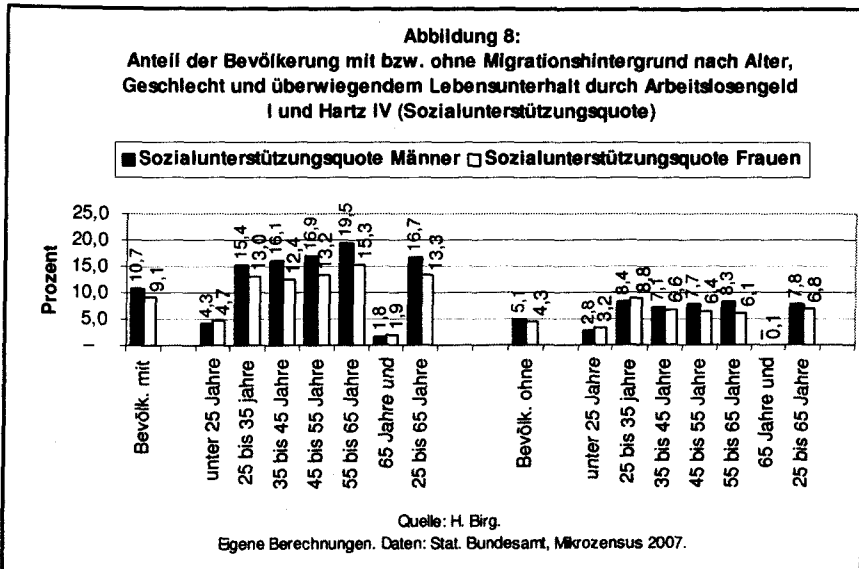
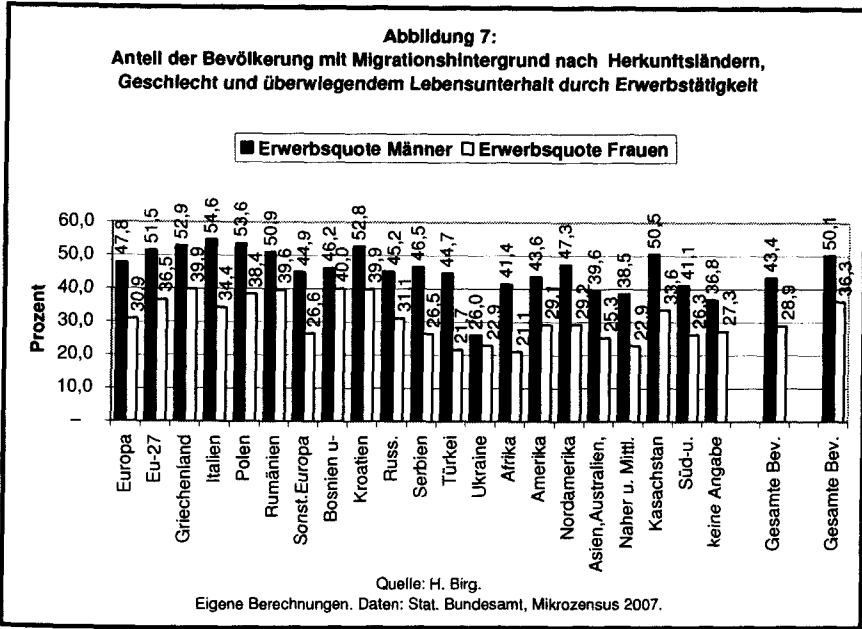
Eine solche Politik ist möglich, wenn bei der jährlichen, millionenfachen Neubesetzung der Arbeitsplätze ein neues Prinzip eingeführt wird: Bei der Besetzung von Arbeitsplätzen sollte bei gleich qualifizierten Bewerbern Vorrang für Eltern und für Menschen gelten, die familiale Leistungen wie Pflegedienste erbringen. Dabei würde das Prinzip Vorrang für Eltern den Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung besser erfüllen als das jetzige Ignorieren der ungleichen Belastungen von Eltern in Politik und Rechtsprechung. Solange eine international abgestimmte Migrationspolitik nicht existiert, sollte die Zuwanderung nach Deutschland durch Einführung einer doppelten Kontingentierung zielgenauer gesteuert werden: Neben einem Kontingent, mit dem ausschließlich humanitäre Ziele verfolgt werden, sollte bei Bedarf ein zweites, wirtschaftliches Kontingent mit strengen, an den Interessen des Landes orientierten Auswahlkriterien festgesetzt werden.

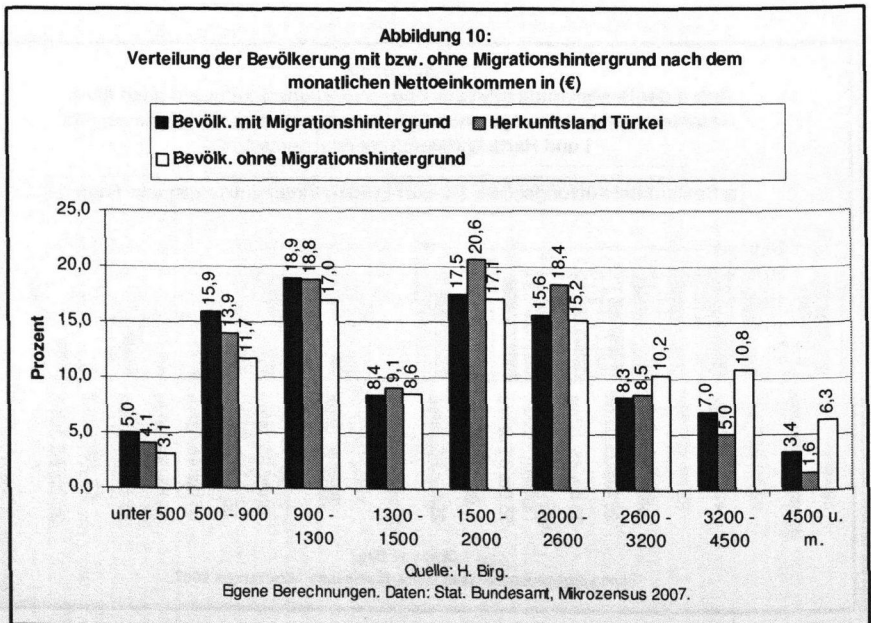
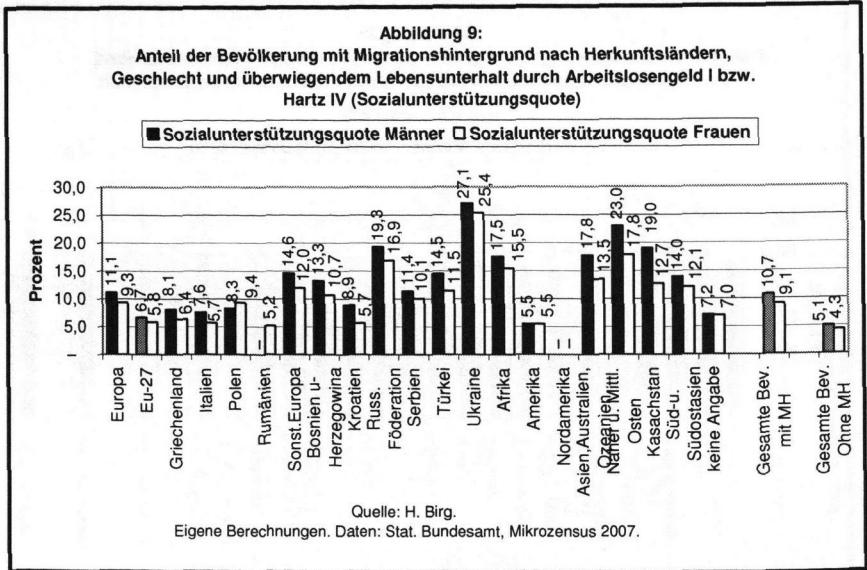
Grafischer und tabellarischer Anhang

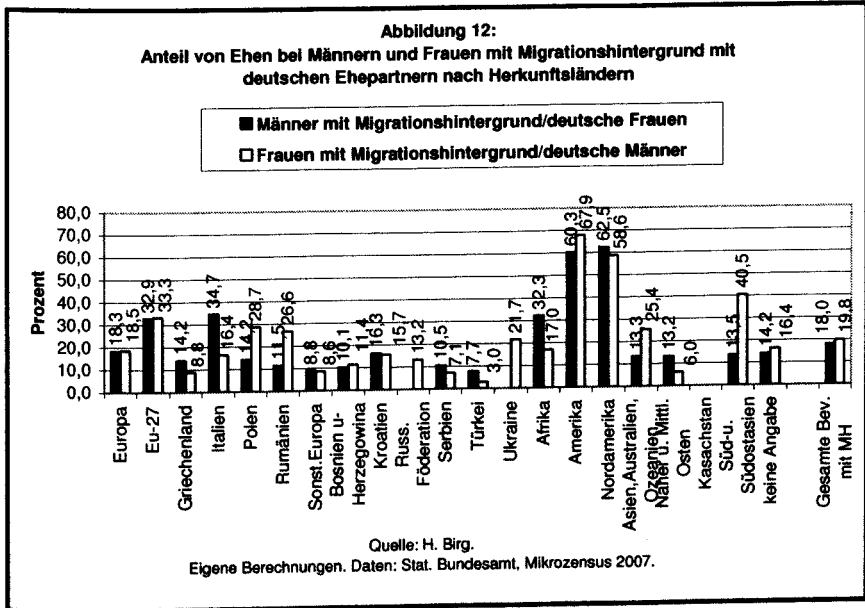
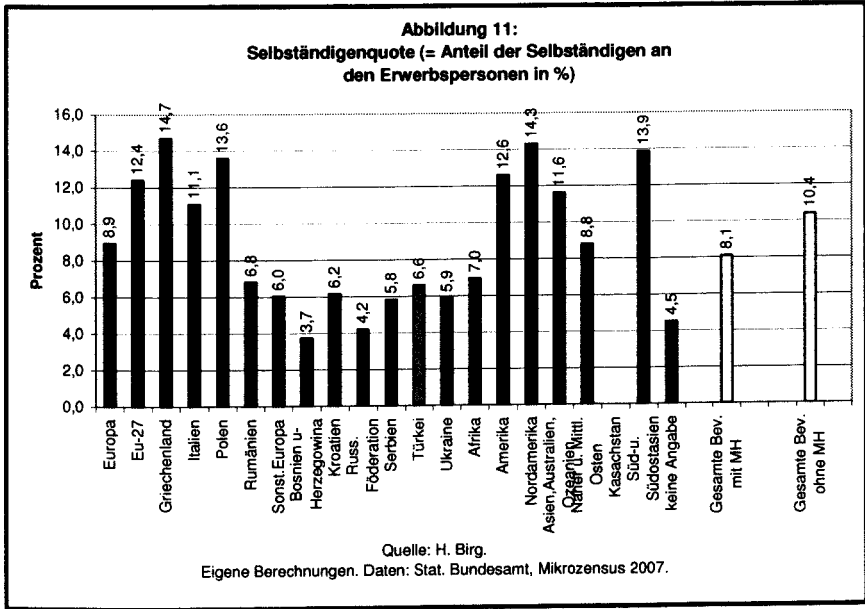


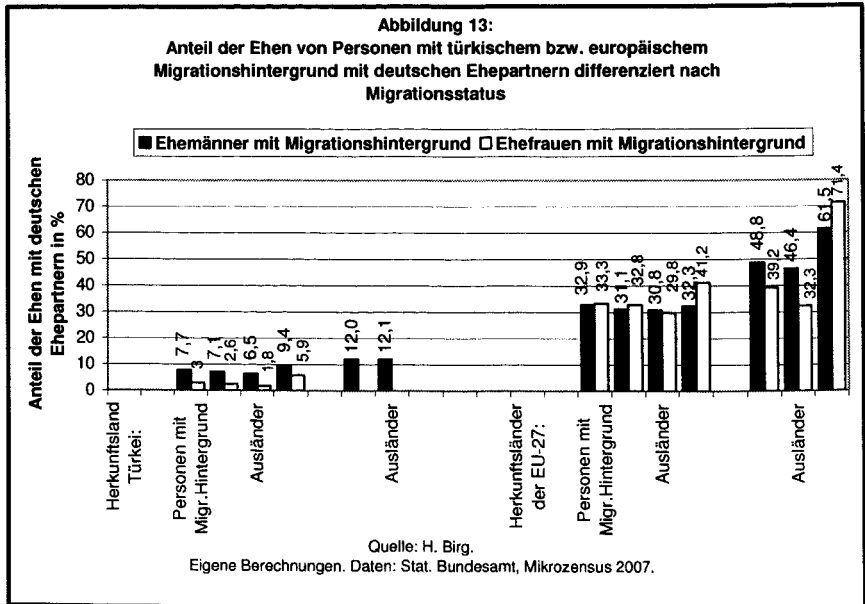












**Tabelle 1:
Zuordnung der Bevölkerung nach Migrationsstatus 2007**

	in 1000	in %	in %
Bevölkerung insgesamt	82 257	100,0	
1 Deutsche ohne Migrationshintergrund	66 846	81,3	
2 Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn			100,0
2.1 Personen mit nicht durchweg bestimmbarem Migrationsstatus	15 411	18,7	
2.2 Personen mit Migrationshintergrund i.e. Sinn insgesamt	10 534	12,8	68,4
2.2.1 Zugewanderte Personen mit eigener Migrationserfahrung insgesamt	5 592	6,8	36,3
2.2.1.1 Ausländer	4 942	6,0	32,1
2.2.1.2 Deutsche	2 756	3,4	17,9
2.2.1.2.1 Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung (Spätaussiedler)	2 187	2,7	14,2
2.2.1.2.2 Eingebürgerte	4 877	5,9	31,6
2.2.2 Nicht Zugewanderte (Personen ohne eigene Migrationserfahrung) insgesamt	1 688	2,1	11,0
2.2.2.1 Ausländer (2. u. 3. Generation)	3 189	3,9	20,7
2.2.2.2 Deutsche	393	0,5	2,6
2.2.2.2.1 Eingebürgerte	2 795	3,4	18,1
2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil			
2.2.2.2.2.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund	1 363	1,7	8,8
2.2.2.2.2.2 mit einseitigem Migrationshintergrund	1 432	1,7	9,3

Quelle: H. Birg. Eigene Berechnungen.

Daten: Stat. Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Mikrozensus 2007.

**Tabelle 2: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach
Herkunftsländern und Geschlecht**

Herkunftsland	Bevölk. mit Migr.hintergrund		
	Männlich in 1000	Weiblich in 1000	Insges. in 1000
Europa	4 318	4 180	8 499
Eu-27	1 885	1 801	3 686
Griechenland	210	173	384
Italien	447	314	761
Polen	276	362	638
Rumänien	106	134	240
Sonst. Europa	2 433	2 380	4 813
Bosnien u. Herzegowina	143	140	283
Kroatien	180	193	373
Russ. Föderation	259	302	561
Serbien	202	189	391
Türkei	1 323	1 203	2 527
Ukraine	96	118	215
Afrika	285	194	480
Amerika	163	182	346
Nordamerika	91	72	163
Asien, Australien, Ozeanien	766	735	1 501
Naher u. Mittl. Osten	395	314	708
Kasachstan	105	110	215
Süd- u. Südostasien	265	297	562
keine Angabe	2 276	2 309	4 586
Gesamte Bev. mit Migr.hintergrund	7 809	7 602	15 411

Quelle: H. Birg.
Eigene Berechnungen. Daten: Stat. Bundesamt, Mikrozensus 2007.